
Ökonomie, Ökologie, Dritte Welt, politische Kultur Gespräch mit Iring Fetscher

Iring Fetscher, geb. 1922, ist Professor für Politikwissenschaften in Frankfurt/M.

Frage: Arbeitszeitverkürzung, staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik, alternative Produktion, vorausschauende Strukturpolitik - sind diese alternativen Vorschläge zu einer sterilen amtlichen Sparpolitik, die mit Verzichtsideologien verbrämt wird, ausreichend und aussichtsreich?

Antwort: Sie sind sicher schon sehr viel besser als die Doktrin der amtlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die merkwürdige Meinung vertritt, daß man, nachdem die keynesianische Wirtschaftspolitik an Schranken gestoßen ist, dadurch aus der Krise herauskommen könne, daß man zur „guten alten Zeit“ zurückkehre und eine nie vorhanden gewesene Marktwirtschaft wieder herstelle. Demgegenüber sind Forderungen der Gewerkschaftsbewegung, wie etwa die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, wie die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, um dadurch Arbeitsplätze zu schaffen, ein großer Schritt vorwärts. Dennoch scheint mir, daß Kreativität und phantasievolle Flexibilität zur Zukunftsgestaltung insgesamt noch nicht ausreichend groß sind. Vielleicht fehlt der Mut und vielleicht ist doch die Interessengebundenheit der

arbeitsteilig organisierten Gewerkschaftsbewegung zu groß, um noch tiefgreifendere Strukturreformen zu konzipieren, wie sie meines Erachtens unbedingt notwendig sind. Die Subventionspolitik zum Beispiel müßte noch sehr viel schärfer kritisiert werden, auch in der Stahlindustrie, selbst bei den Werften. Sie wurde und wird aber vielfach von Gewerkschaften mitunter stützt. An ihre Stelle müßten präzise Angaben treten, wo staatliche Förderungen einzusetzen hätten, um neue Arbeitsplätze in anderen Produktionsbereichen zu schaffen. Es scheint mir ein großes Problem der Gewerkschaften zu sein, daß sie, eben weil sie an die verschiedenen Industrien und die dort beschäftigten Arbeitnehmer gebunden sind, im Grunde genommen ähnlich phantasielos argumentieren wie die Unternehmenseite auch.

Auf die Krise der zwanziger Jahre haben die Gewerkschaften zunächst mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung reagiert. Sie ließ sich nicht durchsetzen. Später - aus heutiger Sicht wissen wir, daß es zu spät war - forderten sie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es war damals ein modernes Programm, weil es - noch vor Keynes - so etwas wie eine antizyklische Politik des Staates zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung vorsah. Inzwischen weiß man, daß auch die keynesianischen Mittel keine Allheilmittel sind. Bedürfte es nicht heute wieder einer neuen Anstrengung, ein Instrumentarium zu entwerfen und zur Verfügung zu stellen, wobei zunächst dahingestellt bleiben kann, ob es auch angewendet wird?

Das scheint mir richtig zu sein. Vielleicht sollte man daran erinnern, daß der Keynesianismus eine wirksame Methode war, um die Schärfe der Krise zu mildern und eine Verschärfung von Krisenfolgen hinauszuschieben, die Belastung einer Rezession erträglicher zu machen. Sehr viel mehr konnte er auch nicht sein. Es ging darum, durch staatliche Ausgaben die Kaufkraft aufrechtzuerhalten, durch staatliche Investitionen Arbeitskräfte wieder in die Produktion einzubeziehen. Dabei war Keynes ziemlich großzügig in der Charakterisierung der Arbeiten, die geleistet werden sollten. Es war ihm relativ gleichgültig, ob nun Pyramiden gebaut würden, ob Gräber ausgehoben würden, ob es Straßenbau oder Rüstung wäre. Keynes hat bekanntlich die Arbeitsbeschaffungspolitik der Nationalsozialisten nachträglich sehr gelobt, er war also politisch sehr wenig wählerisch. Eine seiner Schwächen liegt sicher darin, daß er nicht auf sinnvolle Infrastrukturinvestitionen Wert gelegt hat, die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessern. Er hat sich wohl in der Annahme getäuscht, daß diese Art des Ausgleichs einer Rezession unbegrenzt anwendbar bleiben würde. Jedenfalls zeigt sich in der gegenwärtigen strukturellen Krise, daß die keynesianische Wirtschaftspolitik und damit auch die wohlfahrtsstaatliche Ausglei-chung der Interessen zwischen Arbeitern und Unternehmern, zwischen Arbeitern und Rentnern an Grenzen stößt. Nur solange eine relativ großes Wachs-

tum gehalten und wiederhergestellt werden kann - und das war ja der eigentliche Sinn der keynesianischen wirtschaftspolitischen Stimulation - kann so etwas wie ein Klassenausgleich stattfinden, können sowohl die Unternehmergewinne als auch die Reallöhne als auch die Renten steigen. In dem Augenblick, in dem das nicht mehr möglich ist, wird es zu verschärften Auseinandersetzungen zwischen den Interessengruppen kommen. In einer solchen Situation sind die Gewerkschaften natürlich zunächst gehalten, die Interessen der von ihnen Vertretenen zu verteidigen. Aber diese Defensivposition wird nicht ausreichen, vor allem nicht angesichts der Tatsache, daß heute in allen Industrieländern die andere Seite zur Offensive übergegangen ist. Das gilt für England, das gilt für die Vereinigten Staaten, das galt aber etwa auch für Länder wie Argentinien und Israel, wo eine ungeheure Inflationsrate zusammen mit einem Abfallen der Reallöhne zu massenhafter Verelendung führte. Aber auch eine expansive keynesianische Arbeitsbeschaffungspolitik, wie sie etwa in Frankreich betrieben wird, stößt offensichtlich in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation an Grenzen. Insgesamt scheint mir die Verteidigung der sozialen Absicherung und der Reallöhne allein nicht zu genügen, um eine weitere Verschlechterung der Situation der Arbeitnehmer insgesamt zu verhindern.

Welches sind die Alternativen?

Ich kann nur andeuten, in welcher Richtung meines Erachtens die Alternativen gesucht werden müssen. Ich wäre froh, wenn ich präzisere Antworten geben könnte. Die Arbeitszeitverkürzung ist sicherlich ein Weg, möglicherweise - das mag sich für Gewerkschafterohren ketzerisch anhören - unter einer nicht vollständigen Ausgleichung der bisher erhaltenen Reallöhne. Nicht vollständig in der Form, daß man zwar für die unteren Einkommen mindestens einen Ausgleich schafft, die Besserverdienenden sich aber mit einer Absenkung abfinden, die, infolge der Steuerprogression, nicht ganz auf das verfügbare Einkommen durchschlagen würde. Ein anderer Gedanke ist, daß man neben dem industrialisierten Sektor einen alternativen Sektor der Wirtschaft zuläßt und von Staats wegen fördert. Dieser Gedanke ist keineswegs nur von Linken entwickelt worden, ich denke dabei auch an das Konzept meines Kollegen Schefold hier in Frankfurt.¹ Er und andere gehen davon aus, daß es für die Gesellschaft bei weitem billiger wäre, einen alternativen Sektor, der nicht zu voll konkurrenzfähigen Preisen arbeiten kann, der aber stark handwerkliche, arbeitsintensive Methoden pflegt, zu subventionieren - man spricht auch von Negativsteuer - als eine Millionenzahl von Arbeitslosen vollständig unterstützen zu müssen. Eine Überlegung dabei ist, daß der Staat diesem Sektor einen

¹ Vgl. K. M. Meyer-Abich, B. Schefold, Wie möchten wir in Zukunft leben? Der „harte“ und der „sanfte“ Weg, München 1981

gewissen Ausgleich gewährleistet, der allerdings nicht so weit zu gehen braucht, daß die Einkommen in diesem Sektor auf die gleiche Höhe gehoben werden: Man kann davon ausgehen, daß in diesem Sektor ein höheres Maß an Befriedigung durch die Arbeit selber erzielt werden kann. Schlechte Arbeitsbedingungen müssen hier also nicht in gleichem Ausmaß durch bessere Löhne kompensiert werden. Mit einer solchen Maßnahme könnte man auch einen Hinweis berücksichtigen, den der Konstanzer Philosoph Kambartel gegeben hat und der sich auf unsere Lohnpyramide bezieht: Sie ist paradox, weil sie um so höhere Bezahlung aussetzt, je befriedigender die Arbeitstätigkeit ist und umgekehrt.

Sie haben von der mangelnden Flexibilität von Arbeitnehmern gesprochen. Sie hängt allerdings auch damit zusammen, daß die Arbeitnehmer aus ihrer Lebenssituation, in der sie zum Teil seit Jahrzehnten mit ihrer Familie sind, nicht herauskönnen und herauswollen.

Das könnte nur durch staatliche Investitionshilfen, etwa für die entsprechende Ansiedlung anderer Produktionsstätten bewältigt werden. Wir können heute nicht verlangen, daß Arbeitskräfte grenzenlos mobil sind. Die Mobilität von Arbeitskräften, die in Amerika zum Teil mit ihren Wohnheimen durchs Land fahren, ist nicht gerade ein Zeichen von gehobener Lebensqualität. Die meisten Menschen möchten irgendwo verwurzelt sein. Das Bedürfnis nach Verwurzelung hat, bei aller Begeisterung für das Reisen, außerordentlich zugenommen, und das muß man respektieren. Allerdings gibt es auch bei uns nach wie vor „Wanderarbeiter“, die ihre Heimat nicht um hunderte, sondern um tausende Kilometer haben verlassen müssen. Auch das ist kein Zeichen besonders humaner Arbeitsbedingungen. Es wäre besser, man würde diesen Menschen Arbeit in ihren Heimatländern verschaffen. Man könnte daran die bisige Bemerkung knüpfen, daß viele deutsche Arbeiter sich den Luxus von Ortsgebundenheit leisten, während die Arbeiter aus fremden Ländern beweglich sein müssen.

Gerade der Konservatismus hält Werte wie Beständigkeit, Heimat, Familie hoch. Aber es sind ebenso sehr Konservative, die nach Mobilität der Arbeitnehmer und nach Verminderung von Arbeitnehmerrechten rufen. Wie paßt das zusammen?

Es paßt nicht zusammen. Es sind schlechte oder sich widersprechende Konservative, vielleicht auch nur zynische Egoisten, die etwa Heimatverbundenheit als einen Wert hochschätzen, von den Arbeitern aber verlangen, sich den wechselnden Bedürfnissen der Unternehmer anzupassen. Ich halte die Unterscheidung zwischen Wert- und Strukturkonservativen, die Erhard Eppler in

die Diskussion eingeführt hat, immer noch für brauchbar. Sie gehört genau hierher. Es gibt eine Reihe von Leuten, die glauben, sie seien Wertkonservative, während sie im Grunde skrupellose Neuerer sind, Strukturkonservative. Im Interesse der ökonomischen Strukturen und ihrer ständigen Optimierung verlangen sie beispielsweise, daß die Arbeiter und Angestellten auf den Wert der Bodenständigkeit, der gesellschaftlichen Einbindung in eine Gemeinde verzichten - im Interesse der Produktivität, der Flexibilität der Wirtschaft. Zur Wahrung dieser hochgeschätzten Werte, die heute auch Arbeitern, weil sie nicht mehr im Elend leben müssen, zugänglich sind, müßten aber die Fabriken und Büros zu den Arbeitern gebracht werden und nicht umgekehrt. Das ist nicht so strikt gemeint, daß keine neuen Wohngebiete und Siedlungen entstehen können, sondern in dem Sinne, daß nicht mehr Massenwanderungen von Arbeitern verlangt werden. Ich sage das, auch wenn es angesichts der Wanderung von Millionen ausländischer Arbeitnehmer nach England, Frankreich, Italien, in die Bundesrepublik und nach Österreich paradox klingen mag. Aber diese Situation konnte nur dadurch für die einheimischen Arbeiter erträglich gehalten werden, weil die Gewerkschaften strikt darauf geachtet haben, daß die ausländischen Arbeiter zu den gleichen ökonomischen und sozialen Bedingungen wie sie eingestellt wurden. Mancher deutsche Arbeitnehmer will das nicht so recht verstehen. Aber gerade die Tatsache, daß auch die ausländischen Arbeitnehmer die gleichen Rechte, den gleichen Schutz genießen, die gleichen sozialen Leistungen und Renten empfangen, hat dafür gesorgt, daß der Reallohn der einheimischen Arbeiter nicht abgesunken ist.

Zu einem anderen Wert: Auch die Umwelt ist, wie man mehr und mehr feststellt, ein endliches Gut. Sie steht nicht unerschöpflich zur Disposition. Die Gewerkschaften sind in ihrer Geschichte weitgehend dem wirtschaftlichen Wachstum verpflichtet. Viele Errungenschaften, die sie haben erreichen können, sind auch dem wirtschaftlichen Wachstum zu verdanken. Sind die Bewahrung der natürlichen Umwelt und die Sicherung der erreichten sozialen und materiellen Lage der Arbeitnehmer in konsensfähiger Weise kombinierbar?

Ich glaube, daß hier ein zentrales Problem liegt - nicht nur für die Beziehung der Gewerkschaften zur ökologischen Bewegung, sondern auch für die Chance der ökologischen Bewegung, womöglich einmal mehrheitsfähig zu werden. Ich glaube, daß sie das nur erreichen kann, wenn sie auf diese Frage eine Antwort hat. Ich halte die Antwort für möglich, aber sie ist nicht ganz einfach zu geben. Zunächst einmal muß Berücksichtigung der Umwelt nicht unbedingt Nullwachstum heißen. Sie setzt allerdings eine Abkehr von denjenigen Formen des industriellen Wachstums voraus, die notwendig mit einer immer stärkeren Umweltbelastung verbunden sind und deren Korrektur auf einem technischen

Wege wahrscheinlich zu extrem hohen Belastungen ökonomischer Art führen würde. Es gibt interessante Nachweise darüber, wie die Industrie auch noch an der Umweltzerstörung verdient: Je mehr zerstört wird, desto größerer industrieller Maßnahmen bedarf es, diese Zerstörungen rückgängig zu machen. Ivan Illich hat - in der ihm eigenen Zuspitzung - darauf hingewiesen, daß es einen Punkt gibt, an dem die Kosten für die Reparatur so hoch werden, daß man am besten die Schädigung von vornherein unterlassen hätte. Es gibt allerdings auch Produktionen, Produktionsformen - ich weise auf die Mikroprozessoren hin -, die nicht umweltbelastend sind, jedenfalls nicht in gleichem Maße wie Großchemie, Stahlwerke und andere Großtechnologien. Also geht es darum, bestimmte Formen des Wachstums, die sozusagen gegenproduktiv sind, zu drosseln oder einzustellen. Dazu gehört auch, hier rühre ich an ein Tabu der westlichen Industriegesellschaften, die Einschränkung der Automobilproduktion. Sie liegt, zumindest für den einheimischen Bedarf, an der Sättigungsgrenze. Möglicherweise könnte das Problem bei einem Ersatz der kurzlebigen Automobile durch langlebige teilweise gelöst werden, ohne daß die Mobilität der Bevölkerung eingeschränkt würde. In vielen Gebieten könnte der öffentliche Nahverkehr, wenn er ausgebaut würde, nützlicher, ökonomischer, wahrscheinlich auch weniger gesundheitsgefährdend sein als der intensive individuelle Autoverkehr.

Noch einmal: Es geht nicht um Abkehr vom Wachstum überhaupt, sondern um seine Begrenzung dort, wo es gegenproduktiv geworden ist. Man weiß inzwischen, daß bestimmte Krankenhäuser, bestimmte Tanker, bestimmte Industriebetriebe einfach zu groß sind. Auch auf dem Gebiet der Energieversorgung gibt es eine Überkapazität, die eine volkswirtschaftliche Belastung darstellt. Von ihr spricht niemand gerne, weil die Apostel der Steigerung des Energieverbrauchs uns seit Jahr und Tag warnen, daß wir nicht genug Energie haben.

Wie kann sich die Gewerkschaftsbewegung insgesamt den Forderungen und Notwendigkeiten eines rücksichtsvolleren Umgangs mit der Natur anpassen?

Es gibt sicherlich eine ganze Reihe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Interesse des Schutzes der Umwelt, im Interesse der Energieeinsparung. Oft wird es sich dabei um arbeitsintensive, ökonomisch womöglich nicht ganz billige Wege handeln, die dann allerdings ökologischen Interessen ebenso dienen wie Arbeitsinteressen. Große Möglichkeiten liegen sicher auch in der allmählichen Umgestaltung der Industriegesellschaft in eine Dienstleistungsgesellschaft - um dieses Wort von Ralf Dahrendorf aufzugreifen, das sicherlich nicht alles abdeckt. Hier mögen sich die Gewerkschaften schwer tun, weil es insbesondere um die Angestellten geht, die, obwohl sie einen immer größeren

Teil an der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen, nach wie vor nicht ganz so gut gewerkschaftlich organisiert sind. Allerdings sind die deutschen Gewerkschaften hier deshalb im Vorteil, weil sie als Einheitsgewerkschaften auch Angestellte in ihren Reihen haben. Diese gesellschaftliche Entwicklung könnte sinnvoll gefördert werden, weil die meisten Dienstleistungen ohne größere Umweltbelastung zu erbringen sind.

Ich will keine Vorschläge machen, die utopisch anmuten, sondern möchte mit einem Beispiel auf eine Fehlentwicklung hinweisen, die ich für besonders gravierend halte. In Amerika hatte ich einmal ein Aha-Erlebnis, als ein Bürgermeister ein Neubaugebiet zeigte und voller Stolz darauf verwies, daß in diesem Neubaugebiet 80 oder 90 Prozent „swinging Singles“, unternehmungslustige Einzelne also, lebten. Er war so froh darüber, weil diese Menschen die höchste Konsumrate aufweisen: sie brauchen pro Kopf ein Fernsehgerät, ein Radiogerät, mindestens ein Auto; sie gehen oft in Restaurants, sie geben am meisten für Dienstleistungen aus und so weiter. Das ist also das Ideal einer auf Wachstum programmierten Konsumgesellschaft. Gleichzeitig gibt es bei diesen Menschen allerdings auch die höchste Selbstmordrate, die höchste Rate an Depression, sie nehmen am häufigsten Ärzte in Anspruch. Unsere Gesellschaft, ob es den Strukturkonservativen paßt oder nicht, ist auf Vereinzelung programmiert, weil der Vereinzelte der beste Konsument ist. Menschliche Lebensbedingungen aber sind angewiesen auf Gemeinschaften, auf Zusammenleben, auf Kommunizieren, auf gemeinsames Arbeiten, auf gemeinsame Freizeit - in einer auf relative Dauer angelegten Situation. Dabei geht es nicht nur um die Familie, es kann sich auch um Lebensgemeinschaften handeln. Die ökonomische und technische Entwicklung in unserer Gesellschaft läuft eindeutig auf die Auflösung dieser Zusammenhänge hin. Deshalb würde ich die Förderung des Zusammenlebens in Familien, in Wohngemeinschaften, in anderen Zusammenhängen für eine Hilfe in Richtung auf mehr Menschlichkeit halten.

In den vergangenen Jahrzehnten, Jahrhunderten sind von den entwickelten Ländern Ressourcen der unterentwickelten Länder in großem Maße verbraucht worden. Dieser Prozeß setzt sich fort, scheint aber auch mehr und mehr an Grenzen zu stoßen, auch an Grenzen der Solidarität. Wie lassen sich die Probleme der Entwicklungsländer, der Schwellenländer, die zum Teil beinahe zahlungsunfähig sind, im Sinne einer geordneten Weltwirtschaft lösen?

Ich finde, daß sich das Interesse der deutschen Gewerkschaften als der Vertreter der Arbeiter und Angestellten hier und das Interesse der Entwicklungsländer nicht widersprechen. Deutsche Unternehmungen verlagern schon seit geraumer Zeit arbeitsintensive Prozesse zum Beispiel in Schwellenländer oder Länder mit niedrigen Löhnen. Diesen Ländern wird damit nur scheinbar geholfen. Es wird die Konzentration der Bevölkerung in den Großstädten

gefördert, es werden massenhaft Slumbewohner in die Städte gelockt, das Land verelendet, eine gleichmäßige Entwicklung des Landes, in dem nach wie vor eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, findet nicht statt. Diesen Ländern würde sehr oft besser geholfen, wenn man ihnen Arbeitsinstrumente verschafft, die arbeitsintensiv sind und Arbeit bringen, die aber keine hochtechnisierten, arbeitssparenden Maschinen benötigen. Auf diese Weise könnten Produkte hergestellt werden, die diese Länder benötigen. Erhard Eppler nennt als Beispiel für die groteske Fehlplanung der staatlich subventionierten Entwicklungspolitik immer das Beispiel einer Parfümfabrik im Elendsgebiet Brasiliens. Dort wurden zirka 300 Arbeiter beschäftigt, die dadurch zu besseren Lebensbedingungen kamen. Das Parfüm wurde exportiert. Die Fabrik war zehn Jahre steuerfrei, das Land hatte ansonsten keinen Vorteil von dieser Fabrik. Per Saldo hat das Ganze der Bevölkerung Brasiliens überhaupt nichts genutzt. Hätte man mit dem Geld, mit dem gleichen Aufwand, einfache Arbeitsinstrumente für Bauern, die Selbstversorger sind, zur Verfügung gestellt, hätte man für die Lebensbedingungen des Landes sehr viel mehr getan. Das hätte sich allerdings - und das ist für Ökonomen immer sehr wichtig - im Bruttosozialprodukt des Landes nicht niedergeschlagen. Durch die Parfümfabrik stieg das Bruttosozialprodukt. Für den Erlös aus dem exportierten Parfüm mußten dann allerdings Maschinen in der Bundesrepublik oder in einem anderen Industrieland gekauft werden, durch die in der Regel dann wieder Arbeitskräfte freigesetzt wurden. Das sind Entwicklungen, die weder im Interesse der betroffenen Länder noch im Interesse der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik liegen. Wirkliche Entwicklungshilfen stünde nicht im Gegensatz zum Interesse deutscher Arbeitnehmer, wohl aber steht im Widerspruch dazu die Verlagerung von Produktionsstätten für Konsumgüter für unseren Markt, die hier Arbeitsplätze kosten, in den entsprechenden Ländern aber nur einer ganz kleinen Schicht Vorteile bringen. Es wäre eine große Erziehungsaufgabe für die Gewerkschaften, ihren Mitgliedern klar zu machen, daß eine sinnvolle Politik der Hilfe für Entwicklungsländer keineswegs dazu führen muß, diese Länder zu gefährlichen Konkurrenten unserer Industrieproduktion zu machen. Dagegen wäre es allerdings sehr sinnvoll, wenn wir unseren Markt für die agrarischen Überschüsse dieser Länder weiter öffnen würden, statt uns, im Interesse der europäischen Bauern und der unökonomischen Überproduktion etwa im Bereich der Molkereiprodukte, abzusperren. Bei einer anderen Ordnung des Weltagrarmarktes könnten uns die Länder der Dritten Welt billigere Agrarprodukte liefern und trotzdem davon mehr Vorteile haben als im Augenblick, in dem der europäische Agrarmarkt so abgeschottet ist. Aber das ist ein Problem, das sich auch bei einem gemeinsamen europäischen Vorgehen der Gewerkschaften zur Zeit nicht würde erfolgreich durchsetzen können, weil der kleine Sektor der agrarischen Produzenten in Europa offenbar über solch starke Druckmittel verfügt und so starke ideologische Verfestigungen vorlie-

gen, daß kaum ein Fortschritt erzielt werden kann. Ich erinnere daran, daß der Frankfurter Agrarwissenschaftler Priebe einmal ausgerechnet hat, daß es sehr viel billiger wäre, deutsche Bauern mit einem ausreichenden staatlichen Gehalt als Umweltschützer einzustellen und die Agrarimporte freizugeben, als Überproduktion und die Lagerung der Überproduktion zu subventionieren, wie es heute geschieht. Das ist offensichtlich, so vernünftig es ist, im Augenblick nicht durchzusetzen.

Zum Abschluß eine Frage zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland - in Verbindung mit dem, was um die Neue Heimat geschehen ist, aber auch mit dem, was zur Zeit um die Flick-Spendenaffäre geschieht. Sind das nicht Vorgänge, die bei aller Selbstverständlichkeit, mit der zum Beispiel jetzt die Parteispenden-Affäre hingenommen zu werden scheint, auf lange Sicht an den Nerv der Republik gehen?

Ich glaube, daß solche Vorgänge, einfach durch den offen aufgetretenen Verdacht, eine schwere Belastung darstellen. Von „Vorverurteilung“ oder „Nachverurteilung“ braucht in diesem Falle gar nicht die Rede zu sein. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Führungsschicht dieser Republik. Da ich auch Lehrer ausbilde, weiß ich, daß es als zynisch von den Machhabern empfunden wird, wenn sie von Lehrern verlangen, die junge Generation in Respekt und Achtung vor den Institutionen und ihren Vertretern zu erziehen. Wie soll man ihnen klarmachen, daß Cäsars Frau über allen Verdacht erhaben sein muß? Wie soll man ihnen plausibel machen, daß ein von der Gewerkschaft eingesetzter Vorstand einer großen Gesellschaft integer ist? Man kann das auch noch systematischer und prinzipieller angehen, indem man unter Verweis auf Fred Hirsch daran erinnert, daß unser Gesellschaftssystem, unsere Wirtschaftsordnung letztlich darauf angewiesen sind, daß moralische Maximen, Orientierungen wirksam bleiben, die nicht aufgehen in dem Prinzip der individuellen, materiellen Nutzenmaximierung - ein Prinzip, von dem Adam Smith meinte, daß es ausreiche, das Gemeinwohl zu fördern. Kenneth J. Arrow knüpft daran an und meint, daß, wenn Richter aufhören würden, streng nach Recht und Gerechtigkeit zu urteilen, und ihre Urteilsprüche an den Meistbietenden verkaufen würden, sie sich zwar nach der Logik des ökonomischen Systems durchaus systemkonform verhalten, aber die Grundlagen der Berechenbarkeit innerhalb dieses Systems zerstören würden. Damit würden sie letztlich das marktwirtschaftliche System selber aufheben.² Ich sage also, daß es nicht um die Moral eines Vertreters einer gewerkschaftlichen Unternehmung oder des Staates geht, sondern um die Moral in einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft insgesamt. Sie bleibt angewiesen auf die Bestandteile einer vor-marktwirtschaftlichen moralischen Orientierung. Wir alle rechnen damit, jedenfalls bei

² Vgl. auch Fred Hirsch, Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbek 1980, S. 203

Priestern, bei Ärzten, bei Richtern. Und eigentlich sollten wir auch bei Politikern damit rechnen können. Bertolt Brecht hat einmal gesagt: In Amerika kann man niemanden damit schrecken, daß man sagt, die Politiker seien bestechlich, weil jeder annimmt, daß alles verkäuflich ist, und weil selbst der Präsident davon spricht, daß er seine Politik an das Volk verkaufen müsse. In Europa ist die Maxime, daß alles käuflich und verkäuflich ist, noch nicht ganz so weit durchgedrungen. Ich hoffe, daß die Indizien dafür, daß der Fortschritt in dieser Richtung gerade in der Bundesrepublik besonders weit vorangekommen ist, täuschen. Ich hoffe, daß wir noch einen Rest von vor-marktwirtschaftlicher moralischer Orientierung zu bewahren wissen und daß er insbesondere auch von der und in der Arbeiterbewegung bewahrt wird.